

„Deutschlands neue Rolle in der Welt“

Nachbericht zur **Veranstaltung „Deutschlands neue Rolle in der Welt“**

Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung

Seit das vergangene Jahr offiziell zum „Krisenjahr 2014“ bezeichnet wurde und sich Deutschland in jüngster Vergangenheit mit vielen außenpolitischen Konfliktfeldern und den damit eingehenden internationalen Verkettungen konfrontiert sah, stellt sich zunehmend die Frage, welche Rolle Deutschland innerhalb dieser Konfliktlandschaft annimmt. Daher hätte die Veranstaltung des Landesbüros NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung kaum mehr Brisanz und Aktualitätsbezug haben können. Zur Podiumsdiskussion „Deutschlands neue Rolle in der Welt“ lud das Landesbüro NRW interessierte Bürger_innen am 22. April in das LWL Museum für Kunst und Kultur in die Münsteraner Innenstadt ein. Etwa 130 Interessierte folgten dieser Einladung. Begrüßende Worte für das fachkundige Podium und alle Anwesenden fand Petra Wilke, Leiterin des Landesbüros NRW, und gab bereits erste Impulse für die anschließende Diskussion. Der Ruf nach stärkerem außenpolitischem Engagement Deutschlands wird immer lauter, doch „Sind wir eigentlich dazu bereit?“, fragte Petra Wilke. Angesichts der aktuellen internationalen Herausforderungen stellt sich unmittelbar die Frage danach, wie sich ein solches Engagement konkret ausgestaltet.

„Wie soll Deutschlands neue Rolle eigentlich aussehen?“



Einleitende Worte stellte in seinem Impulsreferat Dr. Rolf Mützenich MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für Außen-, Verteidigungs- und Menschenrechtspolitik, dass internationale Herausforderungen und Krisenherde das politische Geschehen zukünftig besonders intensiv beschäftigen werden. Als Bundestagsabgeordneter erlebte er in zahlreichen persönlichen Gesprächen mit

besorgten Bürger_innen, dass diese viele Ängste über ein angespanntes außenpolitisches Umfeld bewegen. Denn auch als Politiker muss man sich eingestehen, so Mützenich, dass selbst die Politik an vielen Stellen „überfordert, frustriert und ermüdet“ ist: Ja, auch die Politik scheitert mal. Die daraus resultierende Ohnmacht seitens der Politik verunsichert zusätzlich die Gesellschaft. Mützenich formulierte zunächst Ansprüche an die Außenpolitik. Ein konkreter Anspruch an die Außenpolitik Deutschlands sei heute, dass es eben „keine nationale Außenpolitik mehr gibt“, sondern diese vielmehr eine Kooperation und „Einbettung mit Partnern“ bedeute.

Gemeinsame Lösungen müssen gefunden werden, dabei kann beispielsweise die „EU als Ankerpunkt und Friedensmacht“ fungieren. Rolf Mützenich sprach dem gemeinsamen Dialog eine zentrale Rolle zu. Mit Konfliktparteien müsse „man immer im Gespräch bleiben, sie mit an den Tisch nehmen“. Die Regeln des Völkerrechts müssen eingehalten



werden, denn „ohne Regeln gibt es keine Verlässlichkeit“ in der Einhaltung von Entscheidungen. Ein weiterer Anspruch an die Außenpolitik sei, dass humanitäre oder Finanzhilfen für in notgeratene Staaten unabdingbar seien. Auch müsse die deutsche Außenpolitik versuchen, die Lage in Krisengebieten vor Ort zu stabilisieren, wie z.B. die Infrastruktur in Flüchtlingsregionen zu stärken. Rolf Mützenich forderte ganz klar: was wir brauchen, ist „umfassendes Konfliktmanagement“.

Die Frage „Welche Rolle spielt Deutschland in der EU?“ beantwortete Frau Dr. Ronja Kempin, Leiterin der Forschungsgruppe EU-Außenbeziehungen der Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin. Deutschland bewege sich grundsätzlich „auf einem schmalen Grad“ der Handlungsfähigkeit außenpolitischer Entscheidungen. „Handelt Deutschland nicht, wird uns Ignoranz vorgeworfen“; „handelt Deutschland jedoch, wirkt es häufig zu imperial“. Die Ambivalenz dieser schmalen Gradwanderung wird in außenpolitischen Entscheidungsprozessen ständig deutlich, so Frau Dr. Kempin. Die Referentin wünschte sich zukünftig „eine stärkere Rolle Deutschlands in der europäischen Außenpolitik“ und gleichzeitig ein gemeinsames europäisches Auftreten, denn „mehr Gemeinsamkeiten verleihen mehr Stärke.“ In der Außenpolitik ist „Deutschland kein Motor“. Deutschland hat in der Vergangenheit bereits Prozesse der Integration geschwächt, sogar halten „viele europäische Partner Deutschland für unzuverlässig“. Schlussendlich forderte Frau Dr. Ronja Kempin mehr Integrität der Bundesrepublik Deutschland in die europäische Außen- und Sicherheitspolitik, denn „Krisen brauchen einen europäischen Akteur“.

Prof. Dr. Markus Lederer, Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Governance an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, ging auf die Frage nach einem neuen Werterahmen in der Außenpolitik ein. Lederer bezog sich dahingehend auf drei entscheidende Argumente. Zunächst, dass die Außenpolitik vor neuen Herausforderungen steht. Neue Bedrohungsszenarien tun sich innerhalb kürzester Zeit auf, die es möglichst rasch und diplomatisch zu lösen gilt. Die Parameter der Außenpolitik haben sich jedoch nicht entscheidend verändert.



„Die klassischen Parameter sind erhalten geblieben“, es gibt eine „hohe Kontinuität seit Ende des kalten Krieges.“ Als letzten Punkt führte Prof. Lederer an, dass es jedoch neuer Instrumente in der Außenpolitik bedarf. Ein evaluierter sowie erneuerter „Instrumentenkasten der Außenpolitik“ impliziert „neue Bescheidenheit, neue Ambitionen und neuen Realismus“. Neue Bescheidenheit als

„Checkbuch Diplomatie 2.0.“ Neuer Realismus bedeute, sich mit „allen Akteuren an einen Tisch“ zu setzen, denn nur so kann ein gelungenes Konfliktmanagement stattfinden. Damit kommt Lederer mit Herrn Dr. Mützenich überein, der dies bereits in seinem Eingangsstatement betonte. Der Referent Lederer forderte darüber hinaus, dass es zukünftig nötig sein werde, den „Streit zu suchen“ oder anders gesagt: Vielleicht die Dinge konkreter beim Namen zu nennen? Beispielhaft verwendete Lederer hierzu die Äußerung der Bundesregierung, dass der „Völkermord an den Armeniern“ endlich als solcher bezeichnet werden musste.

Der Direktor von Transatlantic Networks, Dr. Andrew Denison, sah in der außenpolitischen Rolle Deutschlands konkret das Problem der kostspieligen Finanzierung. „Das Schiff Deutschland ist noch nicht bereit“ für alle entstehenden Kosten der Außenpolitik und des Krisenmanagements aufzukommen, so Dr. Denison. Im internationalen Vergleich gibt Amerika „viermal mehr pro Kopf für Sicherheit aus“ als Deutschland. Ganz konkret stellte er die Frage, wie Deutschland die internationale Politik beeinflussen kann. Dahingehend lautete seine klare Forderung: „Man muss investieren“, um den Frieden und die Sicherheit zu finanzieren.



In der anschließenden Diskussion kam u.a. die Frage nach Rüstungsexporten auf. Frau Dr. Kempin sah ein Problem darin, dass mit der Frage nach Rüstungsexporten grundsätzlich Ambivalenzen auftreten. Einerseits „führt Rüstung zu neuen Kriegen“, so Kempin, andererseits stehen Rüstungsexporte manchmal als „letztes legitimes Mittel“ zur indirekten Unterstützung eines anderen Staates zur Verfügung.

Auf die Frage nach Lösungsansätzen zur Flüchtlingspolitik kamen die Diskutanten weitestgehend überein. Prof. Dr. Lederer forderte vor allem, dass die Stabilität in Libyen selbst gewährleistet werden muss, denn nur stabile Verhältnisse vor Ort werden verhindern, dass das Land von Schlepperbanden benutzt wird.

Der SPD-Politiker Mützenich sah zudem einen „Ankerpunkt“ im Land Tunesien, die Strukturen müssten weiter ausgebaut werden. Die Diskutanten waren sich jedoch einig, dass die Veränderung und Verbesserung von dortigen Problematiken ein langwieriger Prozess sein werde, da viele Hebel zum Ausgleich von strukturellen Problemen nicht immer gleichzeitig verfügbar sein werden. Die höchstbedauerlichen Geschehnisse im Mittelmeer beispielsweise zeigen, dass die „Mitgliedstaaten der EU versagt haben“, sagte Frau Dr. Kempin. Ihre Antwort darauf lautete: Zukünftig „gemeinsames Handeln der europäischen Union“.



Frau Dr. Kempin hielt das Abschlussplädoyer: man solle ehrlich zu sich selbst sein, und besonders wichtig dabei sei „nicht nur zu monieren, sondern selbst für europäische Außenpolitik stehen“. Das Podium stimmte überein, dass eine ausreichende Handlungsfähigkeit und Lösungsvorschläge zu Themen der Außenpolitik nur im Zusammenspiel mit allen Akteuren der europäischen Union gemeinsam gefunden werden können.

Text: Leonie Kutz

Redaktion: Petra Wilke, Friedrich-Ebert-Stiftung